

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und
Sport
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

8. November 2022
1 von 2

Guten Tag,

zur **18.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
lade ich ein für

**Mittwoch, 16. November 2022, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel.**

**Während der Sitzung sind die allgemeinen Hygieneregeln einzuhalten, und
das Tragen einer medizinischen Maske (OP-Masken oder Schutzmaske der
Standards FFP2) wird empfohlen.**

Tagesordnung:

- 1. Regelmäßige Berichterstattung über die Auswirkungen der Ukrainekrise auf
geflüchtete Menschen aus der Ukraine im Sozialausschuss**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Juli 2022
Bericht des Magistrats
- 101.19.536 -
- 2. Ambulante Versorgung von Menschen mit psychischen Problemen**
Anfrage Fraktion DIE LINKE
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Tabea Mößner
- 101.19.528 -
- 3. Einrichtung einer Beratungsstelle für Impfgeschädigte**
Antrag der AfD-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Michael Werl
- 101.19.631 -

4. Bericht "Ruhebänke im Stadtgebiet als Mittel zur Teilhabe"

Antrag der SPD-Fraktion

Berichtersteller/in: Stadtverordnete Petra Ullrich

- 101.19.641 -

5. Bericht "Kasseler Pakt gegen Armut"

Antrag der SPD-Fraktion

Berichtersteller/in: Stadtverordnete Esther Kalveram MdL

- 101.19.643 -

Freundliche Grüße

gez. Norbert Sprafke

Vorsitzender

Niederschrift

über die 18. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
am **Mittwoch, 16. November 2022, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

17. November 2022

1 von 5

Anwesende:

Mitglieder

Norbert Sprafke, Vorsitzender, SPD
Jutta Schwalm, 1. stellvertretende Vorsitzende, CDU
Mustafa Gündar, 2. stellvertretender Vorsitzender, B90/Grüne
Julia Herz, Mitglied, B90/Grüne
Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne
Anja Lipschik, Mitglied, B90/Grüne
Wolfgang Decker, Mitglied, SPD (Vertretung für Esther Kalveram)
Petra Ullrich, Mitglied, SPD
Annette Knieling, Mitglied, CDU
Holger Römer, Mitglied, CDU
Jenny Schirmer, Mitglied, DIE LINKE
Matthias Nölke, Mitglied, FDP (Vertretung für Manuela Ernst)
Michael Werl, Mitglied, AfD (Vertretung für Norbert Hansmann)

Teilnehmer mit beratender Stimme

Semra Yazicioglu, Vertreterin des Ausländerbeirates
Werner Wiegand, Vertreter des Seniorenbeirates (Vertretung für Helga Engelke)

Magistrat

Ilona Friedrich, Bürgermeisterin, SPD

Schriftführung

Feyza Tanyeri, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Jennifer Rieger, Stadtverordnete, Die PARTEI

Tagesordnung:

- | | |
|--|------------|
| 1. Regelmäßige Berichterstattung über die Auswirkungen der Ukrainekrise auf geflüchtete Menschen aus der Ukraine im Sozialausschuss | 101.19.536 |
| 2. Ambulante Versorgung von Menschen mit psychischen Problemen | 101.19.528 |
| 3. Einrichtung einer Beratungsstelle für Impfgeschädigte | 101.19.631 |
| 4. Bericht "Ruhebänke im Stadtgebiet als Mittel zur Teilhabe" | 101.19.641 |
| 5. Bericht "Kasseler Pakt gegen Armut" | 101.19.643 |

Vorsitzender Sprafke eröffnet die mit der Einladung vom 8. November 2022 ordnungsgemäß einberufene 18. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Auf Antrag der anfragestellenden Fraktion, Die LINKE, wird der Tagesordnungspunkt 2 betr. Ambulante Versorgung von Menschen mit psychischen Problemen, 101.19.528, von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und für die Tagesordnung der nächsten Sitzung vorgemerkt.

Vorsitzender Sprafke stellt die Tagesordnung fest.

1. **Regelmäßige Berichterstattung über die Auswirkungen der Ukrainekrise auf geflüchtete Menschen aus der Ukraine im Sozialausschuss
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Juli 2022
Bericht des Magistrats
- 101.19.536 -**

Beschluss

Der Magistrat wird gebeten, regelmäßig über die Situation von geflüchteten Menschen aus der Ukraine im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport zu informieren. Dabei soll schwerpunktmäßig über aktuelle Entwicklungen und Problemlagen berichtet werden.

Bürgermeisterin Friedrich informiert über den aktuellen Stand. Sie berichtet über die Unterbringung, die Sprachkursangebote, die Finanzierung und Kosten.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

2. Ambulante Versorgung von Menschen mit psychischen Problemen

Anfrage Fraktion DIE LINKE
- 101.19.528 -

Auf Antrag der anfragestellenden Fraktion, DIE LINKE, wird der Tagesordnungspunkt von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und für die Tagesordnung der nächsten Sitzung vorgemerkt.

Erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.

3. Einrichtung einer Beratungsstelle für Impfgeschädigte

Antrag der AfD-Fraktion
- 101.19.631 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, eine Beratungsstelle möglichst innerhalb des Gesundheitsamtes einzurichten, an welche sich Bürger bei Vorliegen von Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden nach Covid-Impfung wenden können. Diese Stelle soll Impfgeschädigten bei der Suche nach Ärzten und Behandlungsmöglichkeiten passender Fachrichtungen unterstützen. Ebenso soll diese Stelle Betreuungs- und Entschädigungsmöglichkeiten für Impfgeschädigte aufzeigen, Zuständigkeiten benennen und ggf. entsprechende Formulare vorhalten.

Stadtverordneter Werl, AfD-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: AfD

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Einrichtung einer Beratungsstelle für Impfgeschädigte, 101.19.631, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Köpp

4. Bericht "Ruhebänke im Stadtgebiet als Mittel zur Teilhabe"

Antrag der SPD-Fraktion

- 101.19.641 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport über die Anforderungen und Bedarfe für das Aufstellen von Ruhebänken zu berichten. Insbesondere sollen hierbei die folgenden Punkte berücksichtigt werden.

1. Wie viele Ruhebänke sind in Kassel aufgestellt und wie verteilen sie sich in den einzelnen Stadtteilen?
2. Wer ist für die Verkehrssicherheit und Pflege der Ruhebänke und ihrer Standorte zuständig?
3. In welchen Stadtteilen wurden Ruhebänke ehrenamtlich oder durch Sponsoren aufgestellt und in welcher Anzahl?
4. Wie entwickelt sich nach Auffassung des Magistrates der Bedarf an Ruhebänken, insbesondere angesichts der demographischen Entwicklung?

Stadtverordnete Ullrich, SPD-Fraktion, begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der SPD-Fraktion betr. Bericht "Ruhebänke im Stadtgebiet als Mittel zur Teilhabe", 101.19.641, wird **zugestimmt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Decker

5. Bericht "Kasseler Pakt gegen Armut"

5 von 5

Antrag der SPD-Fraktion
- 101.19.643 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, zweimal jährlich im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport über die Arbeit des neu gegründeten Kasseler Paktes gegen Armut zu berichten.

Stadtverordnete Ullrich, SPD-Fraktion, begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der SPD-Fraktion betr. Bericht "Kasseler Pakt gegen Armut", 101.19.643, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Schwalm

Ende der Sitzung: 17:18 Uhr

Norbert Sprafke
Vorsitzender

Feyza Tanyeri
Schriftführerin

Auszug aus der 14. öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
vom 18. Juli 2022

12. August 2022
1 von 1

**Regelmäßige Berichterstattung über die Auswirkungen der Ukrainekrise auf
geflüchtete Menschen aus der Ukraine im Sozialausschuss**

Antrag der SPD-Fraktion
- 101.19.536 -

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, regelmäßig über die Situation von geflüchteten Menschen aus der Ukraine im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport zu informieren. Dabei soll schwerpunktmäßig über aktuelle Entwicklungen und Problemlagen berichtet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag der SPD-Fraktion betr. Regelmäßige Berichterstattung über die Auswirkungen der Ukrainekrise auf geflüchtete Menschen aus der Ukraine im Sozialausschuss, 101.19.536, wird **zugestimmt**.

gez. Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Stadtverordnetenvorsteherin


Nicole Eglin
Schriftführerin

Vorlage Nr. 101.19.528

13. Juni 2022
1 von 2

Ambulante Versorgung von Menschen mit psychischen Problemen

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

Sozialpsychiatrischer Dienst (SpDi)

1. Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit welchen Qualifikationen und welchen Beschäftigungsumfang sind im Sozialpsychiatrischen Dienst tätig?
2. Welche Aufgaben nimmt der SpDi wahr? Sind diese mit der vorhandenen Personalausstattung zu bewältigen?
3. Welche realen Möglichkeiten hat der SpDi im Akutfall tätig zu werden?
4. Welche personellen Mehrbedarfe erwachsen aus dem novellierten PsychKHG und bis wann werden diese umgesetzt?
5. Welche Arbeits-/Öffnungszeiten deckt der SpDi aktuell ab?
6. Wie sollen die gesetzlich vorgeschriebenen Krisenhilfen umgesetzt werden?
7. Welche Probleme gibt es Arbeitskräfte in welchen Professionen für den SpDi zu gewinnen? Wie könnte Abhilfe geschaffen werden?
8. In wie vielen Fällen kam es 2019, 2020 und 2021 zu Unterbringungen, bei denen der SpDi eingeschaltet wurde?
9. Ist der Mehrbelastungsausgleich, den das Land nach § 8 PsychKHG leistet, ausreichend für die Aufgaben des SpDi?

Koordination der Hilfeangebote

1. Welche Aufgaben hat die Psychiatriekoordination und welchen Stellenanteil?
2. Wer ist Teil des Gemeindepsychiatrischen Verbundes? Wie arbeitet dieser und was sind seine Aufgaben?
3. Wie häufig und zu welchen Themen fanden die koordinierenden Treffen nach § 6 Abs. 3 PsychKHG in den Jahren 2019, 2020 und 2021 statt?
4. Was wird durch den SpDi und den Gemeindepsychiatrischen Verbund unternommen, um Unterbringungen zu reduzieren?

Ambulante Angebote im Akutfall

1. Welche niederschweligen wohnortnahen Angebote gibt es in einer akuten psychischen Krise? Wie und wann sind diese erreichbar?
2. Wer kann sich an diese Stellen wenden (Betroffene, Angehörige, Nachbarn, etc.)?
3. Welche niedrigschweligen Angebote gibt es, die auch am Abend, an Feiertagen und am Wochenende erreichbar sind?
4. Welche professionellen wohnortnahen Angebote gibt es in einer akuten psychischen Krise? Wie und wann sind diese erreichbar?
5. Wird die Notwendigkeit gesehen die vorhandenen Angebote zu verbessern, um Menschen in Krisensituationen zu unterstützen?

Ehrenamtliche Hilfe und Selbsthilfe/Unabhängige Beschwerdestelle

1. Wie ist die unabhängige Beschwerdestelle ausgestattet und besetzt?
2. Wie erfahren Betroffene von dieser Stelle?
3. Wie viele Beschwerden sind in den Jahren 2019, 2020, 2021 jeweils eingegangen?
4. Wie vielen Beschwerden konnte abgeholfen werden?
5. Was passierte mit den anderen Beschwerden?
6. Welche Unterstützung erhalten die Ehrenamtlichen, die in der unabhängigen Beschwerdestelle aktiv sind?
7. An welchen Stellen wird auf die Expertise von Psychatrierfahrenen zurückgegriffen?
8. Inwiefern ist die Zuwendung des Landes für die Beschwerdestelle kostendeckend?

Hilfen für Kinder und Jugendliche

1. Wie viele Kinder- und Jugendpsychiaterinnen/-psychiater gibt es?
2. Welche weiteren Hilfsangebote gibt es für Kinder und Jugendliche mit einer psychischen Erkrankung oder Beeinträchtigung?
3. Welche Wartezeiten gibt es in diesen Einrichtungen?
4. Welche Hilfen gibt es für Kinder und Jugendliche von Eltern mit psychischer Erkrankung?
5. Welche Angebote gibt es zur Prävention von psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Tabea Mößner

gez. Lutz Getzschmann
Fraktionsvorsitzender

AfD

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3265
Telefax 0561 787 3266
fgs@afd-fraktion-kassel.de

12. Oktober 2022
1 von 2

Vorlage Nr. 101.19.631

Einrichtung einer Beratungsstelle für Impfgeschädigte

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, eine Beratungsstelle möglichst innerhalb des Gesundheitsamtes einzurichten, an welche sich Bürger bei Vorliegen von Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden nach Covid-Impfung wenden können. Diese Stelle soll Impfgeschädigten bei der Suche nach Ärzten und Behandlungsmöglichkeiten passender Fachrichtungen unterstützen. Ebenso soll diese Stelle Betreuungs- und Entschädigungsmöglichkeiten für Impfgeschädigte aufzeigen, Zuständigkeiten benennen und ggf. entsprechende Formulare vorhalten.

Begründung:

Bei der inzwischen gut belegten Tatsache, dass es weit mehr Impfgeschädigte gibt als offiziell durch das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) ausgewiesen sind, dürfen die Betroffenen nicht alleine gelassen werden.¹ Auch ein Bericht der Deutschen Welle untermauert diese Notwendigkeit unter dem Titel "Alleingelassen mit Impfnebenwirkungen - Corona-Impfung: Geschädigte berichten von mangelnder Unterstützung".²

Die betroffenen Personen haben zum Teil große Probleme mit ihren speziellen Impfschäden passende Ärzte zur Behandlung zu finden, werden oft mit ihren Beschwerden nicht ernst genommen oder von einem Arzt zum nächsten geschickt. Dabei müssen sie für Termine unter Umständen auch mehrmals lange Wartezeiten in Kauf nehmen.³

Ebenso benötigen Impfgeschädigte mit Langfristschäden Unterstützung. Sei es bei der Suche nach speziellen Betreuungs- und Pflegemöglichkeiten oder auch bei der Geltendmachung von berechtigten Entschädigungsansprüchen und weiteren Rehabilitationsmaßnahmen. Da es derzeit in der Stadt Kassel keine unabhängige Beratungsmöglichkeit bei Impffolgeschäden gibt, halten wir es aufgrund der bekannt gewordenen Fallzahlen für dringend erforderlich, diese zukünftig für unsere Bürger anzubieten.

Wir gehen des Weiteren davon aus, dass eine Beratungsstelle sehr schnell Erfahrung aufbauen wird, um Betroffenen zielgerichtet den im Einzelfall angezeigten Weg zu Hilfe, Heilung, Betreuung innerhalb des Gesundheitssystems beschreiben zu können. Durch den Faktor Zeit werden gerade im Gesundheitsbereich negative Auswirkungen minimiert.

Quellen:

¹ <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/panorama/corona-impfschaeden-erkennung-100.html>

² Dokumentation der Deutschen Welle: <https://www.youtube.com/watch?v=c4bESwEZZwU>

³ <https://www.abendblatt.de/advertorial-ha/ots-presseportal/article235445173/Impfschaeden-schwerwiegender-als-erwartet-Mandanten-klagen-ueber-Hilflosigkeit-der-Aerzteschaft.html>

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Michael Werl

gez. Sven R. Dreyer
Fraktionsvorsitzender



Vorlage Nr. 101.19.641

1. November 2022
1 von 2

Bericht "Ruhebänke im Stadtgebiet als Mittel zur Teilhabe"

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport über die Anforderungen und Bedarfe für das Aufstellen von Ruhebänken zu berichten. Insbesondere sollen hierbei die folgenden Punkte berücksichtigt werden.

1. Wie viele Ruhebänke sind in Kassel aufgestellt und wie verteilen sie sich in den einzelnen Stadtteilen?
2. Wer ist für die Verkehrssicherheit und Pflege der Ruhebänke und ihrer Standorte zuständig?
3. In welchen Stadtteilen wurden Ruhebänke ehrenamtlich oder durch Sponsoren aufgestellt und in welcher Anzahl?
4. Wie entwickelt sich nach Auffassung des Magistrates der Bedarf an Ruhebänken, insbesondere angesichts der demographischen Entwicklung?

Begründung:

Das Angebot an Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum ist nach Einschätzung vieler Seniorinnen und Senioren und Menschen mit eingeschränkter Mobilität zu gering und häufig nicht nutzbar. So sind oftmals Sitzflächen so niedrig, dass betroffene Menschen sich hiervon nicht mehr alleine oder ohne fremde Hilfe erheben können. Auch fehlen oft die Armlehnen zum Abstützen oder Rückenlehnen. In Anbetracht der Alterung unserer Gesellschaft und dem zunehmenden Bewusstsein für die Belange von Menschen mit eingeschränkter Mobilität sollte in unserer Stadt die notwendige Infrastruktur für ein weitgehend selbstbestimmtes Leben in allen Stadtteilen bereitgestellt werden. Die Aufstellung ausreichender und seniorengerechter Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum ist ein wichtiger Baustein hierfür.

Berichterstatter/-in:

Stadtverordnete Petra Ullrich

2 von 2

gez. Sabine Wurst

Stellv. Fraktionsvorsitzende

gez.



Vorlage Nr. 101.19.643

1. November 2022
1 von 1

Bericht "Kasseler Pakt gegen Armut"

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, zweimal jährlich im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport über die Arbeit des neu gegründeten Kasseler Paktes gegen Armut zu berichten.

Begründung:

Im September 2022 hat mit großer Resonanz aus Politik, den Beiräten, der Wohlfahrtspflege, der Kirchen, der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Wohnungswirtschaft, der Wissenschaft, der Arbeitsförderung, der Familienkasse, verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung und interessierten Bürger*innen die Auftaktveranstaltung zum „Kasseler Pakt gegen Armut“ stattgefunden. Der „Pakt gegen Armut“ kommt zur richtigen Zeit. Die Energiekosten, die Lebenshaltungskosten sind enorm angestiegen. Die Paktpartner haben sich vorgenommen, in einer Verantwortungsgemeinschaft gemeinsam daran zu arbeiten, Armut in unserer Stadt abzubauen und Lebenschancen zu verbessern. Da es sich um ein innovatives kommunales Vorhaben ohne Vorbild handelt, ist eine wissenschaftliche Begleitung vorgesehen. Um den Stadtverordneten eine entsprechende Information zu gewährleisten, bitten wir den Magistrat zweimal im Jahr über die Arbeit des Paktes zu berichten.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Esther Kalveram MdL

gez. Sabine Wurst
Stellv. Fraktionsvorsitzende